



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

30.06.2025	heise online: Kernkraftwerk Lubmin: Rückbau dauert 20 Jahre länger	3
30.06.2025	mainpost.de: Gemeinderat Grafenrheinfeld hat Schacht Konrad besucht – Einblicke in das erste deutsche Endlager	5

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 heise online

Kernkraftwerk Lubmin: Rückbau dauert 20 Jahre länger

30. Juni 2025 10:55 | Medienart: Online | Visits/Monat: 35.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

6,6 Milliarden Euro sollte der Rückbau des Kernkraftwerks Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich kosten – inzwischen wird von mindestens 10 Milliarden Euro ausgegangen. Dies berichtet der NDR unter Berufung auf das Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN), eine bundeseigene Gesellschaft, die für den Rückbau verantwortlich zeichnet. Bislang seien bereits 4,2 Milliarden Euro ausgegeben worden.

Zu den höheren Kosten kommen Verzögerungen beim Zeitplan. Die ursprünglich bis zum Jahr 2028 geplante Fertigstellung verschiebt sich deutlich bis in die Mitte der 2040er Jahre. Das bringt weitere inflationsbedingte Kostenrisiken mit sich. Gebäude stärker radioaktiv belastet

Grund für die Kostensteigerungen sei unter anderem, dass Gebäude auf dem Kraftwerksgelände stärker radioaktiv kontaminiert seien als ursprünglich erwartet. Hiervon sei besonders das Spezialgebäude I betroffen. Dort sei eine besonders aufwendige Betonentfernung unter hohen Sicherheitsstandards erforderlich. Aber auch Verzögerungen bei der Endlagersuche, die zu höheren Betriebskosten führt, und Mittelkürzungen des Bundes, wodurch 80 Zeitarbeiter entlassen werden mussten, hätten zu dem höheren Zeit- und Kostenaufwand beigetragen.

Laut NDR sollen die Bundesmittel wieder erhöht werden, um neue Fachkräfte zu gewinnen. Zudem ist ein neues Zwischenlager für die radioaktiven Abfälle geplant. Die Baugenehmigung hierfür werde aber frühestens 2027 oder 2028 erwartet. Im jetzigen Zwischenlager Nord lagern 74 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Abfall.

Prestigeobjekt der DDR

Das Kernkraftwerk Lubmin "Bruno Leuschner" galt einst als Prestigeobjekt der DDR. Es wurde ab 1974 schrittweise in Betrieb genommen und 1990 nach der Wende aufgrund erheblicher Sicherheitsbedenken abgeschaltet. 1995 erfolgte die endgültige Stilllegung und der Beginn des Abrisses. Dem Kraftwerk fehlte unter anderem ein Containment, die Notkühlung war nicht redundant ausgelegt und ein Ausfall der Hauptkühlung galt als nicht beherrschbar.

Sicherheitsbedenken gab es schon zu DDR-Zeiten. Diese wurden aber wegen der strategischen Bedeutung des Kraftwerks, das erheblich zur Stromversorgung der DDR beitrug, von höherer Stelle unter Verschluss

gehalten. Das Kraftwerk wurde zunächst mit vier Blöcken in Betrieb genommen und sollte um weitere vier erweitert werden. Hiervon wurde aber nur einer überhaupt probeweise in Betrieb genommen. Ein weiterer wurde fertiggestellt, aber nie verwendet.

Etliche Teile der Anlage wurden bereits demontiert, wie das [EWN](#) auf seiner Internetseite darlegt. Dazu zählen der Überwachungsbereich, der Ringwasserbehälter und Großkomponenten.

Grafenrheinfeld

Gemeinderat Grafenrheinfeld hat Schacht Konrad besucht – Einblicke in das erste deutsche Endlager

Der Gemeinderat von Grafenrheinfeld hat auf Einladung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) eine zweitägige Informationsfahrt nach Salzgitter unternommen, um sich vor Ort über das künftige Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle „Schacht Konrad“ zu informieren. Begleitet wurde die Delegation von Stefan Mirbeth, dem Ansprechpartner der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) am Standort Grafenrheinfeld. Diese und folgende Informationen stammen aus einer Pressemitteilung der Gemeinde Grafenrheinfeld.

Am ersten Tag besuchte die Gruppe das Informationszentrum „Schacht Konrad“. Henning Hofmann von der BGE erläuterte die Geschichte, Genehmigung und geologischen Voraussetzungen des Projekts. In Gesprächen mit Experten der BGE und BGZ informierten sich die Gemeinderäte über die geologischen, technischen und rechtlichen Aspekte des Endlagers und der nuklearen Entsorgung. Schacht Konrad befindet sich in einem ehemaligen Eisenerzbergwerk in Salzgitter, in dem zwischen 1965 und 1976 rund 6,7 Millionen Tonnen Erz abgebaut wurden. Bereits 1976 begannen Untersuchungen zur Eignung als Endlager. Im Jahr 2002 wurde das Projekt durch das Land Niedersachsen genehmigt, 2007 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht die

Genehmigung. Seitdem wird das Bergwerk zum Endlager umgebaut, die Inbetriebnahme ist für die frühen 2030er Jahre vorgesehen. Geplant ist die Einlagerung von bis zu 303.000 Kubikmetern schwach- und mittelradioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken, Industrie, Forschung und Altlasten. Die Einlagerungskammern liegen in etwa 800 bis 850 Metern Tiefe unter mächtigen Tonsschichten, die das Eindringen von Wasser verhindern und so ein Austreten radioaktiver Stoffe ausschließen sollen.

Am zweiten Tag besichtigte die Gruppe das zukünftige Endlager unter Tage. Nach einer Sicherheitsunterweisung und dem Anlegen der Grubenkleidung fuhr die Delegation mit dem Förderkorb über 1.000 Meter tief in das Bergwerk. Vor Ort wurden die Gemeinderäte durch das über 30 Kilometer lange Streckensystem geführt und besichtigten unter anderem die künftige Umladestation und bereits ausgebaute Einlagerungsbereiche. Die Delegation erhielt einen Einblick in die technischen und organisatorischen Anforderungen beim Umbau eines Bergwerks zum Endlager. Die BGE setzt dabei hohe Standards bei Sicherheit und Dokumentation.

Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen

Bürgermeister Christian Keller betonte die Bedeutung des Besuchs: „Es war wichtig, den Ort selbst zu sehen – nicht nur in Berichten, sondern in der Realität. Der Schacht Konrad ist ein zentrales Projekt für den langfristigen Umgang mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen.“ Grafenrheinfeld ist Teil der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen (ASKETA). Keller hob hervor, dass die Anforderungen an Sicherheit, Langfristigkeit und gesellschaftliche Verantwortung enorm seien und die Standortgemeinden Gehör finden und beteiligt werden müssten.

Der Besuch verdeutlichte den Gemeinderäten, wie komplex und langwierig die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist. Da sich die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle voraussichtlich bis mindestens 2074 erstrecken wird, bleibt die Lagerung in bestehenden Zwischenlagern für weitere Generationen Realität. Die Standortkommunen tragen bereits heute die Verantwortung für die Lagerung kerntechnischer Abfälle, ohne dass ein endgültiger Endlagerort zur Verfügung steht. Bürgermeister Keller betonte abschließend die Notwendigkeit, die Perspektiven und Anliegen der Standortgemeinden stärker zu berücksichtigen. (acon)

Wörter:	465	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Pressemitteilung	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	392.778 ¹
Mediengattung:	Online News	Unique Users (UUpD):	55.000 ²
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.mainpost.de/schweinfurt/landkreisschweinfurt/grafenheinfeld-gemeinderat-grafenheinfeld-hat-schacht-konrad-besucht-einblicke-in-das-erste-deutsche-endlager-110339021>

¹ von PMG gewichtet 03-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+